

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Freitag

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

12
September

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.50 Mk., für den Monat 1.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.92 Mark, monatlich 1.64 Mark mit Bestellgeld, für Abnehmer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 35 Pfg. für die kleine Zeile, für ausm. Anzeigen 40 Pfg., Anzeigenzeile 2.00 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachschlag. Schluss der Anzeigen-Konkurrenz: für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. Postcheck-Konto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

Nr. 213 — 1919

37. Jahrgang

Wie gelogen wird

Ein Wort zur Aufklärung von M. S.

Seit Dezember vorigen Jahres, als zum ersten Male in Köln der Ruf nach einer Rheinischen Republik erschallte und in einer Rheinischen Volkszeitung laienhafte Zustimmung fand, löst sich die Rheinische Bewegung in unsern Heimatländern. Nicht ohne Erfolg. Die besten Gelegenheiten zur Propaganda der Rheinischen Republik wurden durch das schlaue Treiben Berlins verpaßt. Der Kölner Oberbürgermeister Wenner, der von den Rheinischen Ausschüssen Generalvollmacht hatte, ließ sich von Berlin einflößen und einlassen, gehörte einem Solmann statt Rheinischen Landesleuten, hielt diese mit Versprechungen hin, die er dann brach, und suchte die, die ihm vertraut hatten. Durch seine Schuld kam die Rheinische Republik nicht zur besten Zeit zustande, wurde den schlimmsten Rheinlandsfeinden ein Erfolg verschafft, den Rheinländern selbst aber ein bitterer Kampf um ihre Rechte aufgegeben.

Es kam dann die Proklamierung der Rheinischen Republik am 1. Juni in Wiesbaden durch Dr. Dörten. Der Zweck dieser Proklamierung war, womöglich sofort die Konstituierung der Republik zu erreichen, oder mindestens eine Tat zu setzen, die den Rheinischen Freiheitsgedanken wachhalten und ihn sobald wie möglich zum endgültigen Durchbruch verhelfen sollte. Die sofortige Errichtung der Republik mißlang — wieder ein Erfolg der Berliner; dagegen ist es, darüber wird sich heute wohl jeder klar sein, durch die Proklamierung und die verstärkte Werbearbeit für die Rheinische Republik gelungen, den Rheinischen Freiheitsgedanken wachzuhalten und unser rheinisches Volk nach langen Jahren der Erfüllung seines tiefsten politischen Wunsches erfreulich nahe zu bringen. Die Bedeutung des Schrittes Dörten am 1. Juni war von Berlin sofort erkannt worden; man wußte dort, daß, mochte dieser Schritt auch nicht sofort einen durchschlagenden Erfolg haben, er dennoch aufwendend in den Rheinländern wirken würde, und daß bei der bekannnten Konsequenz und Zähigkeit Dörten die neu entfaltete Bewegung sobald nicht zum Stillstand zu bringen sei. Das konnte man dann erreicht werden, wenn, wie man richtig kalkuliert, Dörten moralisch vernichtet würde.

Also wurde von Berlin aus der persönliche Kampf gegen Dörten eingeleitet. Die Berliner Presse und die Berlin ergebene Provinzpresse wurde in den Dienst dieses Kampfes gestellt, der irgend einen furchtbaren Schandfleck im Lebenslauf Dörten ausbreiten und zu dessen Verächtlichmachung ausbeuten sollte. Als das Suchen sich als vergeblich herausstellte, versetzte man auf eine andere Kampfmethode, auf die der Lächerlichmachung des Gegners. Besonders die „Köln. Zeitung“ und der ganze Trupp ihrer Nachläufer und Nachbeter taten alles Erdenkliche in der Lächerlichmachung, um Dörten als einen Narren, als einen Mann mit falschen Ideen, als gefährlichen Hochstapler hinzustellen. Man beschuldigte Dörten des Hochverrats, der Vaterlandslosigkeit, der freiwilligen Verklaffung an Frankreich, des Bestehens mit Millionen französischen Geldes. Mit jener Schamlosigkeit, deren nur der unbedachte Obelisk und eine ebenso unbedachte wie korrupte Presse fähig sind, wurde gelogen, in tausend Variationen, in tausend Blättern. Doch auch das genügt noch nicht, die Anhänger des Rheinischen Freiheitsstaates irre zu machen, die einen faulen Dörten zu gut, als daß sie solchen Schwindel hätten zum Opfer fallen können, und die anderen hatten ja nichts mit ihm zu tun, arbeiteten ganz unabhängig von ihm für die Freiheit der Rheinlande. Da wurde versucht, die Idee einer Rheinischen Republik als aussichtslos hinzustellen und so ihre Anhänger müßig zu machen. Die Rheinlandschlechte Presse berichtete von Versammlungen, die mit einem vollständigen Mißschlag für ihre Veranstalter, nämlich die Anhänger der Rheinischen Republik, geadelt hätten, von gewaltigen Gegenversammlungen und von Protesten, aus denen hervorgehe, daß die Rheinische Selbstständigkeitsbewegung schon wegen der Zahl und moralischen Stärke ihrer Gegner scheitern müsse. Dann wurde den Arbeitern vorgelesen, die Rheinische Republik werde Gefährdung und Verletzung ebenso schauerlicher Brutalität Kapitalisten und Volkswirtschaftler sein; der Bauern wurde vorgelesen, im angepriesenen neuen Staatswesen würde nur der Wohlstand herrschen; die Rheinische Unterjochung und die Protestanten wurden gegen den geplanten rheinischen Freiheitsstaat alarmiert.

So ging Monate hindurch gegen die Idee einer Rheinischen Republik. Da sie nun aber trotz alledem gar nicht herben wollte, sondern im Gegenteil ihrer Verwirklichung immer näher zu kommen drohte, wurde der Kampf gegen sie ausgedehnt und heftiger geführt. Zunächst wurde ein Gefäß gegen sie fabriziert und zur Garantie für Haltbarkeit in der neuen deutschen Verfassung „verankert“, das Gefäß der Sperrfrist von zwei vollen Jahren für eine Rheinische Volksabstimmung über die Frage der Errichtung einer Rheinischen Republik. Danach sollen die Rheinländer innerhalb zweier Jahre unsern Willen über unsere Zugehörigkeit zu Preußen nicht vollständig äußern dürfen, dagegen soll die in ihrem Treiben bereits geschädelte „Berliner“ Rheinlandschlechte Propaganda zwei volle Jahre hindurch ungehindert gegen das rheinische Volk wüten, es müde machen, den Rheinlandschlechten in ihm systematisch und fälschlich totzuwürgen dürfen. Ein Schrei der Empörung ging durch das rheinische Volk; am 1. August fand in der Kölner Bürgerkassette jene

indefante Versammlung statt, die mit allem Nachdruck gegen die Vergeßlichkeit der Rheinlande durch Berlin Einspruch erhob und den einstimmigen Beschluß faßte nicht zu ruhen und zu rasten, bis uns trotz Sperrfrist unser gutes Recht zuerkannt werde. Aber Berlin hörte nicht darauf. Seine sogenannte Reichskommission für die belebten Rheinlande setzte es, wie zum Wahn für uns, aus wackelnden Scheltern unter der Direktion des Rheinlandschlechten Sachsen-Meininger und Sowjethelden Solmann zusammen, als parlamentarische Beiräte berief es (welche Garcel) Abgeordnete, von deren blinder Ergebenheit es sich vorher sorgfältig überzeugt hatte. Reichskommission und parlamentarische Beiräte zusammen findend, ließ es neue Kampfkampfe Berlins gegen die Rheinische Freiheitsbewegung. Doch damit nicht genug.

Eine neue Phrase zur Beschwichtigung der mit Berlin noch immer unzufriedenen Rheinländer ist die vom deutschen Einheitsstaat. Wir haben diese bewußt trügerische Phrase bereits eingehend gewürdigt.

In den letzten Wochen zeigte das Toben gegen die Rheinische Republik neue Blüten. Eine Bekanntmachung der britischen Besatzungsbehörden, die sich gegen politische Streiks und Auswanderung richtete, wird unter Führung der „Köln. Zeitung“ und ihrer „amtl.“, d. h. preussischen Auskunftsstelle fälschlich so umgedeutet, als ob jene Bekanntmachung sich gegen die Rheinlandschlechte Bewegung wende. Damit soll dem Volke klar gemacht werden, daß England die Errichtung einer Rheinischen Republik nie dulden wird. Weiterhin wird behauptet, Dr. Dörten sei aus dem belgischen, englischen und amerikanischen Besatzungsgebiet ausgenutzt worden, woran, wie jeder, der sich von der Wahrheit überzeugen will, leicht erkennen kann, kein wahres Wort ist. Auch von Verhaftungen Dörten durch die militärischen Behörden der genannten Gebiete wird berichtet, während er nur einmal, und zwar in Köln, durch die preussische Polizei verhaftet wurde, aber sofort auf Befehl des britischen Oberkommandierenden wieder freigegeben werden mußte. Der durchsichtige Zweck aller dieser Lügenberichte ist der, die Rheinische Bevölkerung glauben zu machen, die Alliierten seien gegen eine Rheinische Republik, jedes weitere Hoffen auf diese sei also töricht. Kennen wir noch die frohe Behauptung, Dörten habe den letzten Ruf in Ludwigshafen auf dem Meißner; eine Behauptung, die schon aus den in diesen Blättern bisher erschienenen Artikeln über die Pfalz als gemeine Lüge nachgewiesen werden kann. Das ist der Berliner Kampf gegen die Rheinische Freiheitsbewegung.

Keine Ehre für Berlin und seine Helfershelfer, aber der Ehre genug für die aufrechten, stammesbewußten und heimatsliebenden Rheinländer, die alle Angriffe, auch die raffiniertesten ausgehenden und perfidest geleiteten, abgewehrt haben und festgeblieben sind. Der Kampf ist noch nicht zu Ende, vielmehr wird er mit vermehrter Mut und Weisheit von „Berlin“ weitergeführt werden. Aber unser Selbstbewußtsein und unsere Kräfte sind gewachsen. Wir sind auch deshalb weit fähiger als die Gegner, weil auf unserer Seite das gute Recht ist. Der Sieg muß, wird unser sein.

Die neuen Wahlgesetze

Berlin, 11. Sept. Nachdem die neue Reichsverfassung am 11. August von dem Reichspräsidenten unterzeichnet und mit dem Datum des gleichen Tages verkündet worden ist, hat Zweifel darüber entstanden, wann die vorgeschriebene Wahl des Reichspräsidenten, vor allem auch zu welchem frühesten Termin die Wahl zum Reichstag vorgenommen werden können. Wie die „Köln. Ztg.“ erzählt, hängt die Vornahme der beiden Wahlen von der Tätigkeit der beschließenden Reichsversammlung, besonders Wahlkreise ab, die so schnell wie möglich der Nationalversammlung unterbreitet werden sollen. Sowohl für die Wahl des Reichspräsidenten wie auch für die Wahl des Reichstages ist in erster Linie das Wahlverfahren zu regeln, und bei der Reichswahlwahl wird es sich darum handeln, ob man zu dem absoluten Wahlverfahren des alten Reichswahlrechts zurückkehren oder das Verhältniswahlrecht, das für die verfassunggebende Nationalversammlung eingeführt war, beibehalten oder (was die voranschreitende Meinung sein wird) eine Verbindung beider Wahlverfahren vorsehen wird. Das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten wird mit dem Reichswahlgesetz voranschreitend aufgenommen werden.

Die Klage gegen Dr. Helfferich

Berlin, 11. Sept. Die Nachricht, daß der frühere Staatsminister Dr. Helfferich vor den Staatsgerichtshof gestellt werden soll, entspricht schon darum nicht den Tatsachen, weil bisher ein Staatsgerichtshof nicht aufgestellt ist. Wie die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten hören, ist die gegen den Staatsminister Helfferich eingeleitete Klage vor dem zukünftigen Gericht anhängig gemacht.

Artikel 61 der deutschen Verfassung

Amsterdam, 11. Sept. Das Reutersche Büro meldet aus Paris vom 10. September: Der Oberste Rat beriet über die Antwort auf die deutsche Note mit Bezug auf die Entfernung des Artikels 61 der deutschen Verfassung. Er kam zu der Ansicht, daß die deutschen Bürgerchaften unzulänglich sind und die deutsche Regierung bevollmächtigte Vertreter nach Paris entsenden muß, die das Protokoll unterzeichnen, worin alle Artikel der deutschen Verfassung, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind, für null und nichtig erklärt werden.

Von der Börse

Frankfurt a. M., 10. Sept. Die Börse stand ruhig unter dem niederschmetternden Eindruck der Auslandsnachrichten über den weiteren drohenden Vorkursrückgang, der die Markt in Holland bis auf 10% und in der Schweiz auf 21% gedrückt hat. Am Kupen- und Notamarkt gingen infolgedessen französische Renten bis 310, englische bis 107 um. Amerikanische Aktien während des Vorkursrückfalls von 28% bis 25 Geld. Rumänische 115, Victoria Falls 72% bis 73, Chinesen 83% bis 80, Tiensin 83, Japaner 113. Auffallend lebhaft gestaltete sich der Markt der Kolonialwerte auf die Mitteilung über Aufhebung der Erwerbsbeschränkungen für Ausländer, von der man annahm, daß sie zu großer Nachfrage aus dem Ausland Anlaß geben werde.

Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft

Magdeburg, 11. Sept. Hier wurde heute morgen nach fünfjähriger Unterbrechung die Reihe der Wanderausstellungen der Deutschen landwirtschaftlichen Gesellschaft mit einer Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen wieder aufgenommen. Die Ausstellung wurde mit einer Ansprache eröffnet, der sich ein Rundgang durch die Ausstellung anschloß. Zugelassen sind nur Maschinenneubauten. Ein großer Teil derselben steht unter Prüfung. Beteiligt sind 250 Aussteller. Selbstig Aussteller haben 110 Maschinen zur Prüfung angemeldet. Es sind insbesondere Motorsägen, Drills, Kartoffelschälmaschinen, Treckern und Dreschmaschinen vertreten. Von Interesse für Kleinbefähigten ist der im Betrieb befindliche Lehmstampfbau. Die Ausstellung dauert bis 15. September. Auf der Ausstellung herrscht reges Geschäftsleben bei starkem Besuch.

Die deutschen Bauernvereine

Berlin, 11. Sept. Heute tagte unter dem Vorsitz des Herrn von Kerkerind-Borg im Klub der Landwirte eine aus allen Landesstellen sehr zahlreich besuchte Versammlung der Vereinigung der deutschen Bauernvereine. Der Vorsitzende begrüßte den als Gast erschienenen Unterstaatssekretär Busch aus dem Landwirtschaftsministerium und verteilte ihm des vollen Vertrauens der deutschen Bauernvereine, denen er ja durch seine langjährige Tätigkeit im Rheinischen Bauernverein bekannt sei. Ferner begrüßte er den als Gast erschienenen Abg. Dr. Reineke. Unterstaatssekretär Busch dankte und legte eingehend seine Stellungnahme zu den Fragen der landwirtschaftlichen Berufsstände dar, die den ungeteilten Beifall der Versammlung fand.

Eingehend berichtete man Johann über folgende gegenwärtige Fragen: Die neue Gesetzgebung und die Landwirtschaft; der zweckmäßigste Aufbau von Bauernvereins-Organisationen; die Zwangswirtschaft; besonders lebhaft und eingehend wurde das Thema behandelt: Die Bauernvereine und die nächsten Wahlen. Die Verhandlungen ließen den energischen Wunsch erkennen, die landwirtschaftlichen Berufsstände bei den nächsten Wahlen mehr zur Geltung zu bringen und kein Mittel unberücksichtigt zu lassen, um bei den kommenden Wahlen eine gerechtere Vertretung der Landwirtschaft in allen bürgerlichen Parteien herbeizuführen. Besonders lebhaft wurde die Vereinigung der deutschen Bauernvereine und der Rheinischen Bauernvereine bei der Aussprache gewürdigt. Es wurde der Wunsch laut, in den anderen Landesstellen in gleicher Weise wie im Rheinland vorzugehen und dabei jeder bürgerlichen Partei die Möglichkeit zu geben, in Verbindung mit den Bauernvereinen der einzelnen Landesstellen ihre politische Kraft auszuüben.

Die Deutschen Bauernvereine umfassen über 600 000 Mitglieder. Sie sind daher weit stärker als der Bund der Landwirte.

Streik beendet

Leipzig, 11. Sept. Der Streik im Leipziger Buchhandel ist beendet. Die Arbeit wird am Freitag wieder aufgenommen.

Berlin, 11. Sept. In Oberschlesien ist alles ruhig. Es wird überall gearbeitet. Die Tageslohnförderung steht über dem Durchschnitt mit der Förderung vor dem Streik. Sie betrug in den letzten Tagen durchschnittlich 900 000 Tonnen.

Neuer Riesenstreik in Sicht

Berlin, 11. Sept. Wie die „Köln. Ztg.“ meldet, wurden die seit Monaten währenden Verhandlungen über die Rückführung von Tarifen für die Groß-Berliner Metallarbeiter unterbrochen. Das Reichsarbeitsamt versuchte vergebens, die Gegenseite zu überbrücken. Damit ist die Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks nahegerückt. Der Metallarbeiterverband fordert drei Lohnsteuern mit Stundenlöhnen von 3.00—3.80 M., während der Schlichterspruch des Reichsarbeitsamtes fünf Lohnklassen von 2.20 bis 3.00 M. festsetzte. Dazu sollen Zuschläge für besondere Leistungen treten. Die Arbeitnehmer bezeichnen die Zuschläge als Prämien für Wohlbefinden und erklären, eine große Anzahl von Arbeitern würde nach den neuen Lohnsätzen weniger verdienen als bisher. Der Verband der Berliner Metallindustriellen erklärt, daß eine unmittelbare Gefahr für den Streikausbruch nicht besteht. Das Schlichtsgericht werde bereits am 13. September erneut zusammentreten.

Spaltung der freien Gewerkschaften

Berlin, 11. Sept. Zu den Kämpfen in den Gewerkschaften schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“: Die Kommunisten haben seit längerer Zeit die Aufforderung zur Zerschlagung der Zentralverbände ergehen lassen. Größere Ortsvereine oder ganze Bezirke solle man von ihnen losreißen

und in Verbindung mit den Räten neu organisieren. Die Unabhängigen haben sich gegen diese Forderung getrennt. Sie möchten lieber die Amtsposten in den Gewerkschaften erobern. Überall, wo sie die Mehrheit bekommen, setzen sie den Beschluß durch, daß Reichsvereinsfunktionäre Amt bekleiden können und machen diese dadurch zu Mitgliedern zweiter Klasse. Ramentlich zwischen den Berliner Metall- und den Zentralverbänden des Bauarbeiter- und Transportarbeiterverbandes ist darüber ein offener Konflikt ausgebrochen; denn die Zentralverbände können es sich nicht gefallen lassen, daß die Gewerkschaftsmitglieder aus politischen Gründen entsetzt werden. Der Bauarbeiterverband droht in einer Kundgebung des Vorstandes damit, daß er die widerspenstigen Ortsgruppen auflösen und neu bilden wird. Anders liegen die Dinge im Metallarbeiter-Verband, der Mitte Oktober in Kiel sein Generalsammlung hat. Hier hoffen die Unabhängigen die Mehrheit zu erhalten und damit die Herrschaft im ganzen Verband an sich zu reißen. Sie haben freilich bei den Wahlen zum Verbandstag in einigen Bezirken, in denen sie bisher die Mehrheit hatten, wie z. B. in Frankfurt a. M. und in Magdeburg, diese verloren. Aber in Berlin, Hamburg und Sachsen haben sie sie behauptet oder neu erlangt. Sie werden also wohl auf einem Verbandstag versuchen, den ganzen bisherigen Vorstand abzuheben und als Grundgesetz des Metallarbeiterverbandes verkünden, daß nur Unabhängige und Kommunisten in ihm Ehrenämter bekleiden können. Wir halten es für selbstverständlich, daß unsere Genossen sich eine solche Degradierung nicht bieten lassen. Die Dinge sind also auch bei den Berliner Gewerkschaften bis zur Spaltung getrieben worden. Wann und wie sie sich formell vollziehen wird, läßt sich noch nicht sagen. Aber an ein dauerndes Zusammenwirken des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der die Parteipolitik ablehnt, und der Organisationen, die nur Mitteln der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistenpartei Deutschlands sein wollen, ist nicht mehr zu denken.

Gegen den Fremdenzufluß

Wien, 11. Sept. Pinger Blättern zufolge verammelte sich die Arbeiterchaft von Gunters und mehreren Nachbargemeinden vor dem Gmündener Rathaus und forderte die sofortige Entfernung der Fremden. Die anwesenden Gemeindevorsteher wußten anzuzeigen, daß die als „elernen Nation“ für die Einheimischen bestimmten Wohnmengen bereits an die Fremden ausgegeben worden seien, was große Entrüstung bei der Menge hervorrief. Ein Vertreter der Bezirksbauernmännlichkeit teilte der Menge mit, daß an der Störung der Versorgung die Einstellung der Aufschube der Entente schuld sei. Er gab bezüglich der weiteren Versorgung mit Mehl und Brot beruhigende Erklärungen ab. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die Abweisung mehrerer Beamten verlangt wurde. Ein Gemeindevorsteher stellte in Aussicht, daß die Fremden zur sofortigen Abreise angehalten werden sollen. Darauf gingen die Versammelten ruhig auseinander.

Tumulte in Boston

Boston, 11. September. (Reuter.) Den Truppen ist der Befehl erteilt worden, sich bereit zu halten, um unverzüglich der infolge des Polizeibeamtenstreiks um sich greifenden Gefährlichkeit entgegenzutreten. Mehrere Läden wurden geplündert. Der Schaden beträgt über 200 000 Dollars. Der Pöbel führte durch die Straßen und brach mehrere Varietés- und Theatervorstellungen ab.

Deutsche Arbeiter nach Nordfrankreich

Berlin, 11. Sept. Laut „Volksanzeiger“ haben die Versäufte Verhandlungen über den Wiederaufbau zu einem Uebereinkommen über die Entsendung von Arbeitern geführt.

Ein Zwischenfall in München

München, 11. Sept. Der „Anzeiger für Bayern“ meldet: Ein junger Mann hat an der Türkenkaserne ein Gefäß abgefeuert und zwei Artilleristen getötet. Man vermutet als Schutzhelfer die Munitionskammern in der Gabelsberger Straße, die mit 200 Granaten belegt sind. Der Täter ist verhaftet und einer Untersuchung eingeleitet.

Die portugiesische Seelandschaft beim St. Stuhl

Lissabon, 10. Sept. Der neue Gesandte der Republik Portugal beim Heiligen Stuhl, Pedro Martins, ist in Rom eingetroffen.

Friedensvertrag mit Bulgarien

Bukarest, 11. Sept. Die Überreichung des bulgarischen Friedensvertrages ist am morgen verabschiedet worden. Bulgarien erhält 25 Tage Zeit, um den Friedensvertrag anzunehmen.

Amerikanische Weizenerte

Amsterdam, 11. Sept. Dem „Allgem. Handelsblatt“ zufolge wird die Weizenerte in den Vereinigten Staaten auf 23 Millionen Scheffel geschätzt oder 6 Millionen Scheffel mehr als im letzten Jahre und 13 Millionen Scheffel mehr als die durchschnittliche Ernte der letzten fünf Jahre.

Berlin, 11. Sept. Der „Köln. Zeitung“ zufolge, ist der frühere Kronprinzessin vom Staat als händiger Rohstoff Export Dels zugewiesen worden.

Berlin, 11. Sept. Die „Times“ meldet aus Kapstadt: Die südafrikanische Union hat die Verwaltung Deutsch-Südwestafrikas übernommen. Die Union hat absolute Vollmacht über die Verwaltung und Gesetzgebung.

Amsterdam, 11. Sept. Reuter meldet aus Kapstadt, daß der Friedensvertrag mit Deutschland mit 84 gegen 19 Stimmen ratifiziert wurde.

Eubendorffs Rechtfertigung

Am 11. Sept. General Eubendorff läßt seinen bei Weiler und Sohn eine Erklärung abgeben, die die Darstellung enthält, die für die in dem Buch der Regierung enthalten war, sowie auf die vom Staatssekretär v. Hünne in der Zeit. Da dieser Tage veröffentlichte Erklärung über die Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebots. Eubendorff gibt an, die bisher veröffentlichte Erklärung zwischen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung von Anfang 1918 bekannt, in der es heißt: Die Verantwortlichkeit für die Friedensverhandlungen übernimmt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Sie bezieht sich auf die zu erhebenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse. Die obersten militärischen Stellen haben das Recht und die Pflicht, an den Verhandlungen mit beratender Stimme mitzuwirken, soweit dieselben militärische Interessen betreffen. Der Umkreis dieser Interessen während des Krieges ist nicht auf militärische Angelegenheiten in engerem Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch die Fragen der Industrie, des Verkehrs, des Lebens und der Arbeiterinteressen, soweit diese mit der Kriegsführung in Zusammenhang stehen, und die moralische Wirkung getroffener Maßnahmen auf das Heer. Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseitigen. Gelingt dies nicht, so ist die Entscheidung des Kaisers einzuholen. Die erklärte Entscheidung übersteigt die militärischen Stellen auf alle Fälle jeder eigenen Verantwortung. Der Reichskanzler hat in dem Falle, daß die Entscheidung des Kaisers gegen ihn ausfällt, die ihm nachträglich obliegenden Konsequenzen zu tragen, indem er seine Entlassung nimmt. — Am 11. Sept. der neuen Eubendorffschen Erklärung wird die seit dem 11. August betriebene Schritte zur Verwirklichung einer neutralen Vermittlung erklärt und bemerkt, seit dem 10. September habe die Oberste Heeresleitung darauf hingearbeitet, daß irgend etwas gelte. Was blieb dem Generalstabschef und mir bei dem feindlichen Niedergang der Heimat, der dadurch erzeugten Spannung an der Front und dem Ende September erfolgenden Zusammenbruch von Bulgarien zu tun übrig?

Hünne's Enthüllungen

Am 11. Sept. in der „Post, Sig.“ veröffentlicht der frühere Staatssekretär des Reichs v. Hünne den ersten Artikel über seine Beteiligung an den Vorgängen anläßlich des Waffenstillstandsangebots. Unter Berufung auf seine Schrift „Die Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ erklärt er: Er habe, als er Eubendorff Mitte Juli 1918 die förmliche Frage vorlegte, ob er sich mit der letzten Offensive des Feindes einverstanden zu setzen, diese Frage nicht als Privatmann, sondern als delegierter Staatsmann gestellt. Das bestimmte Ja, das er zur Antwort erhielt, sei die Grundlage seiner Politik bis zu den ersten Augusttagen gewesen. Gegen den 7. August habe ihm Eubendorff erklärt, er bestreite diese Tatsache nicht mehr; er denke, durch eine strategische Defensive imstande zu sein, den Feind zum Frieden zu bringen. Diese von ihm als dienlich angesehene Mitteilung des Generals habe seine Unterlagen für die Politik von Grund auf geändert. Er habe dem Reichskanzler seine Aufschüsse mitgeteilt, daß im Vorwort vom 11. August diese Mitteilung Eubendorffs zur Sprache zu bringen sei. Da Eubendorff aber im Vorwort nichts von der Kriegslage gesagt habe, sei er gezwungen gewesen, die Mitteilung über die fehlende Sicherheit unter Führung des Chefs des Generalstabs der Heeresarmee als Quelle selbst vorzubringen. v. Hünne sagt ferner zu der Äußerung Eubendorffs im „Berl. Volksanzeiger“, daß er (Eubendorff) am 14. August überhaupt nicht von der Kriegslage gesprochen habe! Warum er das nicht getan habe, da ja doch das vom Kaiser aufgeschriebene Programm ausdrücklich verlangt habe, daß die ungeschminkte Bilanz des Krieges gegeben werden solle. Er behauptet ferner die Wahrheit der Eubendorffschen Behauptung, er habe ihm gegenüber die Notwendigkeit der Beendigung des Krieges auf diplomatische Weise betont. Er beruft sich auf das Zeugnis des Reichskanzlers v. Hertling, wonach weder im Mai noch in der ersten Hälfte des August an dessen Vater von der Obersten Heeresleitung die Meinung ergangen sei, unter Bericht auf irgendwelche Friedensziele an den Friedensstich zu denken. Die Oberste Heeresleitung habe zu den seitens des Reichskanzlers gegebenen Ermahnungen für die Einstellung von Friedensschritten und die Aufhebung diplomatischer Maßnahmen ja noch kein Nein gesagt. Er habe ihr Schweigen als Zustimmung aufgefaßt. Die Ermahnung zu dem Friedensangebot sei nicht abgelehnt worden. Auch der Reichskanzler habe in der Sitzung vom 5. August 1918 und in der Sitzung der Parteiführer vom 15. September be-

tont, der Krieg müsse ohne Friedensangebot zu Ende geführt werden. Der Verfasser vermutet, Eubendorff nehme als Forderung der Obersten Heeresleitung für den 14. August eine sofortige amtl. Friedensdeklaration in Anspruch. Demgegenüber betont er, daß sich Eubendorff weder ihm gegenüber darüber geäußert habe, noch eine solche Erklärung der Kriegslage gegeben habe, daß er daraus auf den Wunsch der Obersten Heeresleitung zu einem sofortigen Friedensschritt hätte schließen können. v. Hünne stellt fest, daß General Eubendorff durch seine Antworten auf die Fragen des Reichskanzlers bei der Kriegslage den Eindruck hervorgerufen habe, als ob die Oberste Heeresleitung amtl. Friedensschritte fordere oder auf Beilegung der Einstellung von Friedensschritten dränge. Erst am 10. September habe die Oberste Heeresleitung sich mit einem sofortigen amtl. Friedensschritt einverstanden erklärt. Am 11. September drückte v. Hünne in diesem Sinne aus dem Großen Hauptquartier an das Auswärtige Amt. Der Verfasser wendet sich dann gegen die von Eubendorff ausgesprochene Behauptung, es sei in jenen Tagen seitens der diplomatischen Reichsleitung nichts Festes geschickt worden. Eubendorff spreche in Unkenntnis von Tatsachen, über die er (Hünne) noch Schweigen zu bewahren habe. Er bemerkt, Eubendorff darüber aufzuklären, daß die kurze zur Verfügung stehende Zeit vom 14. August bis zum 11. September an bis 29. September für die Einstellung schwieriger Friedensschritte nicht ausreichte habe.

Preßstimmen zu Art. 61

Am 10. Sept. Die Zeitungen sind angefüllt mit der Zurückhaltung der deutschen Regierung nach dem Ultimatum der Entente hinsichtlich der Verfassungsänderung der Ansicht, daß die Aufgabe der Alliierten vorgezeichnet sei. Die meisten den Deutschen bedeuten, daß man von ihnen nicht warte, sondern Taten verlange und daß man, wenn diese innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht ausgeführt würden, die angeforderten Maßnahmen in Kraft treten lassen müsse. Das „Journal“ meint, der Inhalt der deutschen Note fordere eine Erwiderung heraus. Da Deutschland ausgehe, daß der in Frage stehende Text ohne Bedeutung sei, warum wüßte er denn, ihn zu unterdrücken.

Marshall Joseph, Leiter der militärischen Maßnahmen gegen Deutschland

Am 10. Sept. Am 11. Sept. Aus Paris wird gemeldet: Marshall Joseph ist in das Reichsgeschäft abgereist, um die militärischen Maßnahmen gegen Deutschland zu leiten. Drei französische Armeekorps stehen zur Durchführung der Vorwärtsgänge der Alliierten zur Verfügung Marshall Josephs.

Die Brotversorgung

In den Nachrichten über eine Gefährdung unserer Brotversorgung erzählt das „Mitteldeutsche Blatt“ von unterrichteter Stelle: Von einer unmittelbaren Gefährdung unserer Versorgung mit Brot kann nicht die Rede sein, es haben in letzter Zeit lediglich Schmierigkeiten in der Vorratierung mit Getreide bestanden, die man aber durch die Gewährung einer Vorratierungsgarantie an die Landwirte nacheinander abzurufen zu haben glaubt. Die Vorratierung dieser Prämie werden sich erst in einigen Zeit zeigen können. Die nachgehenden Stellen erwarten bald eine bedeutende Erhöhung der Brotgetreidezufuhr. Die Nachrichten über den Ausfall der Ernte sind durchaus sehr günstig, die Ernte ist gut, deshalb wird auch im Winter die augenblickliche Brotration nicht nur beibehalten, sondern es wird auch wahrscheinlich schon von Oktober ab eine Verbesserung des Brotes eintreten.

Berlin, 10. Sept. Über die Aussichten der Brotversorgung erfahren die Politisch-Parlamentarier an zentraler Stelle: Die bei den maßgebenden Behörden einlaufenden Nachrichten lassen erkennen, daß die vorläufigen Ertragsangaben zu niedrig gerichtet waren, während die tatsächlichen Ertragsangaben der Höher eingebrachten Ernte insbesondere auch die Durchschnittserträge weit bessere Ergebnisse zeigen. Die Aussichten für die Brotversorgung können darum als günstig bezeichnet werden. Bei guter Ablieferung des Brotgetreides durch die Landwirte kann es nach Ansicht der Reichsregierung nicht gelingen, die Brotversorgung Deutschlands ohne fremde Zufuhr selbst dann zu gewährleisten, wenn durch die Verabreichung des Ausnahmestandes härtere Anforderungen an die deutsche Ernte gestellt werden müssen. Für die deutsche Volkswirtschaft wäre es von ganz ungeheurer Bedeutung, wenn auf die Zufuhr des feinsten Ausnahmestandes verzichtet werden könnte. Die realistische Ablieferung der getreidebauenden Landwirte kann dem deutschen Volk Nutzen bringen, das diese Summen für die Zufuhr von andern dringend benötigten Rohstoffen oder von Futtergetreide freimachen.

Stresemann über die Monarchie

In der bereits erwähnten Knaack'schen Veranlassung ließ sich Abg. Stresemann über die Monarchie in folgender Weise äußern: Wir leben in der Monarchie als die am besten geeignete Regierungsform für Deutschland an. Aber wenn sie kommen soll, so darf sie nicht gestützt auf die bloßen Majestäten kommen, sondern sie muß getragen sein und sich aufbauen auf den Willen von Millionen von deutschen Bürgern. Wer davon denkt, der Monarchie durch einen Putsch zu helfen, der schadet der Sache mehr, als er nützen kann. Die Sozialdemokratie würde eine solche Aktion mindestens mit dem Generalstreik auf der ganzen Linie beantworten, und dann kämen wir zu dem fürchterlichen Chaos und böhnten dem Volksgewissen den Segen. Die Entwicklung, die sich von der Revolution ansetzt, den November ab, wenn er ist, ist an sich schon auf dem Marste. Auf allen Seiten ist ein Zusammenbruch der verprochenen Errungenschaften der Revolution, eine weitgehende Ermächtigung eingetreten. Innerpolitisch sollten wir der Freiheit entgegengeführt werden. Der Staat der Reaktion und der Unübersichtlichkeit sollte zusammenbrechen. Man hat dem alten Staat die Anhebung der öffentlichen Meinung vorgeworfen. Gewiss, während des Krieges sind gelegentlich Zeitungen verboten worden, aber wie regiert unsere jetzige Regierung? Sie regiert mit dem Belagerungsstaat, sie verbietet Zeitungen und bestimmt, was in Deutschland gedruckt werden darf. Ist es da nicht eine unheimliche Demütigung, sich als Freiheitskämpferin hinzustellen und doch genau so zu handeln, wie es das alte beseitigte Regime getan hat, so daß sich eigentlich nur die Personen geändert haben, nicht aber die Methode. Es ist also eine andere Sache, ob nur kritisiert oder selber regiert wird. Innerpolitisch haben wir die alte Praxis, nur noch verächtlich gegen früher, wirtschaftlich längt die wachsende Erkenntnis, daß die Ideen aller Verstaatlichung der Betriebe nicht durchführbar sind.

Essen, 11. Sept. 12. Verbandstag der kathol. Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands. Am Sonntag, den 11. und Montag, den 12. Sept., versammelten sich hier die kathol. Arbeiter Westdeutschlands, um Stellung zu nehmen zu jenen Fragen, die heute das deutsche Volk bewegen. Das erste Referat handelt von den inneren Kräften, die die kathol. Arbeiterkraft zum Aufbau des Vaterlandes aufbringen kann und will. Daran anschließend wird Stellung genommen zu den Reformen des Wirtschaftslebens (Sozialisierung, Betriebsräte), hierauf folgen zwei Vorträge zur Politik — zum Parteileben — und den Zeitbedürfnissen. Den Schluß der Tagung bildet ein Referat über die Reorganisation der Arbeitervereinsbewegung mit einer besonderen Abhandlung über Bildungsweisen. Die Tagung ist auf die Auslösung irdischer, geistiger Kräfte eingeleitet. Der Mangel an diesen, das Leben und die neuen Formen tragenden Werten tritt uns bei der Betrachtung aller öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere aber bei der Kritik politischer Anschauungen klar vor Augen. Es ist daher auch zu begreifen, daß die verwandten Organisationen, Verbände, Parteien, Kreise usw. in recht umfassen den Maße eingeladen sind, wir haben die bestimmte Forderung, daß wir alle, vor allen Dingen die kathol. Arbeiterkraft, von der Tagung großen Gewinn haben werden.

Aus aller Welt

Aus Rheinhessen. Ganze Kompanien von Feldjägern sind zurzeit in vielen rheinischen Landgemeinden zum Schutz der Kartoffel- und Obstfelder aufgestellt. Die Feldjäger haben in Gau-Algesheim 58, in Ober-Jagelheim gar rund 100 Ehrenfeldjäger den Schutz der Felder und Weinberge übernommen. Tag und Nacht durchstreifen diese Männer, unter denen sich viele ehemalige Feldjäger befinden, einzeln und in Gruppen die Flächen, um den allzu dreist gewordenen Spitzbuben das Handwerk gründlich zu legen.

Cochem. Die Stadtverordnetenversammlung wählte einstimmig den Bürgermeister von Cochem bei Jülich, Schmitz, zum Bürgermeister der Stadt Cochem.

Ballendar, 8. Sept. Auf bedauerliche Weise ums Leben gekommen ist ein seit einigen Monaten verheirateter junger Mann von hier. Auf der Fahrt von Ehrenbreitstein nach hier gerieten einige Leute in der Straßenbahn in einen Sturz. Als der junge Mann hier anstieß, folgten ihm zwei Männer und schossen ihn ohne weiteres nieder.

881 n. (15 000 Köpfe gefallen!) An den Opfern des Weltkrieges hat die große Stadt Köln ihren vollen Anteil. Nicht weniger als 15 000 Krieger aus unserer Stadt sind, wie in der Zentrumsverfassung von einem Redner mitgeteilt wurde, auf den Schlachtfeldern gefallen. Das große Unglück läßt sich auch daran erkennen, daß 13 000 Witwen und 8000 Waisen ihren Väter und Vätern beraubt. Ermöglicht man dann noch, daß auch die Sterblichkeit im Krieg in Köln besonders groß war — im letzten Kriegsjahr verzeichnete man 5070 Todesfälle mehr als Geburten. — So hat man ein erschütterndes Bild von den Opfern, die der Krieg unserer Großstadt auferlegt.

Köln. In einer im Gürzenichsaale abgehaltenen Versammlung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten. Aus allen Reihen der Unabhängigen klang ein gewaltiger Haß gegen die Führer der Mehrheitssozialdemokratie und ihre rheinische Zeitung hervor. Von der mehrheitssozialdemokratischen Seite der Stadtratskandidaten wurde behauptet, es seien alle Verurteilungen der Mehrheitssozialdemokratie auf die Führer der Mehrheitssozialdemokratie zurückzuführen. Als dann ein Mehrheitssozialdemokrat zu Worte kam und dem unabhängigen Vordenker einen stillen Mangel vorwarf, kürzte sich dieser auf den Redner und versetzte ihm einen mächtigen Faustschlag. Weitere Handgreiflichkeiten wurden von den beiderseitigen Parteigenossen verhindert, der ungeheure Lärm machte aber eine Fortsetzung der Versammlung unmöglich.

Köln, 10. Sept. Im Rheinhafen fand man eine männliche Leiche, die einen Stuhl um den Hals gewunden hatte, sowie eine Frau-Leiche.

Fürscheidung. Mit einem eigenartigen Fall von Ueberrückung des Schlichtentages hatte sich die Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen. Das Generalkommissariat hat den städtischen Arbeiter Höger mit der Ueberwachung der achtstündigen Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben betraut und ersucht um Bewilligung einer Entschädigung an §. für die Ausübung dieser nebenamtlichen Tätigkeit. Die Versammlung lehnte das Gesuch ab. Sie war der Ansicht, daß §. nicht noch bezahlt werden könne für seine Tätigkeit nach seiner achtstündigen Arbeitszeit bei der Stadt, da er damit ebenfalls gegen das Gesetz verstoße.

Siegen, 9. Sept. Der erste Siegerländer Katholikentag fand am Sonntag hier statt. Eine große Zahl auswärtiger Vereine war nach Siegen gekommen, um an der Tagung teilzunehmen. Nachdem am Vormittag in den Kirchen Festgottesdienste abgehalten worden, fand nachmittags ein Festzug durch die Stadt statt. Nach dem Festzug fanden in der Turnhalle und im Kaiserparken Festveranstaltungen statt. Im Kaiserparken sprach Domkapitular Prof. Rosenfeld, in der Turnhalle Abgeordn. Schwarz, Frankfurt a. M. Zu gleicher Zeit fand in der St. Michaelskirche ein Vortrag für Frauen und Jungfrauen statt, der von Pfarrer Steil-Wehndorff gehalten wurde.

Dagen i. B., 10. Sept. Der Arbeiterrat hat über 21 Wirtschaften die Sperre verhängt, weil die Betriebe durch Verabreichung von Schnaps, der aus Brennspiritus hergestellt war, das Leben ihrer Räumlichkeiten gefährdet haben. Durch Verbot dieses Schnaps sollen bereits acht Männer gestorben sein.

Wesel. Ein Dienstmädchen überfiel das Gewehr eines Landmannes und richtete die beiden Pferde durch Stiche derart zu, daß sie auf der Stelle abgeschlachtet werden mußten. Der Lenker des Wagens konnte durch Gegenmittel gerettet werden.

München, 10. Sept. Das ganze bayerische Kriegsarchiv soll nach Berlin abgeführt werden. Dieser Plan bildet die Krönung der unterirdischen Maßnahmen, die sich im Krieg auch im Bericht der bayerischen Original-Generalstabberichte zeigten. In München bedauert man den Verlust der alten, außerordentlich wertvollen Schätze. Die bayerische Presse richtet bereits einen Appell an die bayerische Bevölkerung, in diesem Falle unter keinen Umständen nachzugeben zu sein.

Wes. 8. Sept. Eine große Anzahl deutscher Familien hat dieser Tage Diebstahl verurteilt. Aus Teutich sind 80 Familien abgewandert, die meisten auf eigenen Antrieb.

Wien. (Die Schiffsabfahrt gestohlen werden.) Im „R. W. Tagbl.“ veröffentlicht ein Kriminalkommissar Erfahrungen aus seiner Tätigkeit. Er

Wem nie durch Liebe Leid geschah

Roman von D. Courths-Mahler.

Nachdruck verboten.

Als sich der Durchgangszug eben in Bewegung setzte, lag noch ein Herr ein. Der Gedächtnis konnte ihm eben noch den eleganten Dandypen hinaufreichen, als der Zug auch schon davonrollte. Lachend warf der Reisende dem Mann sein Trinkgeld zu.

Den letzten Koffer selbst tragend, ging nun Hans Ulrich von Frankenstein den schmalen Gang des Abganges hinab. Er sah nach seiner Uhr und suchte nach dem Abteil, das seine Nummer zeigte. Ein Schaffner wies ihn zurecht.

Bald hatte er sich zurecht gefunden. Ein Abteil zweiter Klasse nahm ihn auf. Der mächtige, besetzte Zug zeigte viel laute Plätze. Die richtige Reisefreizeit hatte noch nicht begonnen.

In dem Abteil, das Hans Ulrich v. Frankenstein betrat, war nur ein Fensterplatz besetzt. Er fand sich dem Platz gegenüber, der für ihn freigehalten war, und wurde von einer jungen Dame eingenommen.

Sie sah nur flüchtig auf bei seinem Eintritt und wandte sich dann wieder ab, um zum Fenster hinauszusehen.

Er hatte stumm gedrückt in der höflich zurückhaltenden Weise, die in solchen Fällen angebracht erscheint, und die junge Dame hatte mit einem leichten Reigen des Kopfes gedankt.

Derr v. Frankenstein warf mit einer kräftigen, elastischen Bewegung seinen Koffer in das Gepäck. Seine hohe, schlanke Gestalt streifte sich dabei und zeigte einen aufgestauten, feigen Körperbau, wie man ihn bei Offizieren und Sportleuten findet, die ihren Körper pflegen und in der Gewalt haben.

Dann legte er schnell seinen Ueberrock ab, warf seinen Hut neben den Koffer und setzte eine Reisetasche auf.

Damit fertig, ließ er sich auf seinem Platz, der jungen Dame gegenüber, nieder. Er klopfte das kleine Tischchen am Fenster hoch und legte einige Zeitungen darauf, in deren Vertiefung er sich vertiefen wollte.

Erst sah er sich nun aber seine Reisetasche an, etwas genauer an. Er tat es in einer diskreten, unauffälligen Art, wurde aber sofort von ihrer interessanten Persönlichkeit gefesselt.

Sie war jung — höchstens zweiundzwanzig Jahre — und sehr schön. Das stellte er sofort mit Remerklichkeit fest. Sie hatte reiches, dunkles Haar. Einige widerspenstige Locken hatten sich aus dem lockigen Scheitel gelöst und fielen in sehr reizvoller Art auf die schön geformte, weiche Stirn. Gegen das Licht schimmerten sie in einem eigenartigen fahlgelben Glanz, obwohl das Haar sonst ganz dunkel, fast schwarz, wirkte.

Große, dunkle Augen, von feingezichneten Brauen und Wimpern umfaßt, sahen aus dem feinen, schönen Gesicht gedankverloren ins Weite. Sie nahm keinerlei Notiz von ihrem Reiseführer, aber dieser konnte seinen Blick nicht losreißen von ihr. Sie war so schön.

Etwas in diesem schönen, ernsten Mädchen-antlitz fesselte ihn. Er wußte nicht recht, was es war. Ihre Schönheit allein war es nicht, die seinen Blick fesselte. Er war schon vielen schönen Frauen in seinem 30-jährigen Leben begegnet und hatte immer schon nahe gefühlt, aber in diesem jungen Gesicht fand er einen Zug, einen unbestimmten Etwas, das ihm vertraut und bekannt erschien, und dem er nachgrübeln mußte.

„An wen erinnert mich dieses Gesicht? So habe ich schon diesen eigenartigen geschwungenen Mund gesehen.“

So fragte er sich.

Wie meist in solchen Fällen, wo man einer unbestimmten Ähnlichkeit auf der Spur ist, mußte er immerfort darüber nachdenken, an wen ihm die junge Dame erinnerte. Aber er kam zu keinem Ergebnis. Schließlich wollte er das Gräßliche aufgeben und sich in seine Zeitungen vergraben. Aber gerade, als er danach greifen wollte, wandte die junge Dame, wie magnetisch angezogen von seinem forschenden Blick, langsam das Gesicht nach ihm und ihre Augen trafen mit einem großen, vollen Blick in die seinen.

Nur eine flüchtige Weile ruhten die beiden Augenpaare ineinander. Aber manches Schicksal

ist schon in einem kurzen Augenblick besiegelt worden.

Hans Ulrich v. Frankenstein wollte den Blick dieser dunklen Augen länger festhalten, aber sie fügten sich seinem Willen nicht und wandten sich wieder ab.

Die junge Fremde griff nun nach einem Buch, das vor ihr auf dem Klappentisch lag. Sie lehnte sich in die Polster zurück und begann zu lesen. Das behagte ihrem Reiseführer scheinbar nicht, aber nachdem er noch eine Weile versucht hatte, mit suggestiver Macht auf sie einzuwirken und sie zu zwingen, ihn noch einmal anzusehen, griff er nun doch nach seinen Zeitungen. Sie sah nicht mehr von ihrem Buch auf.

Eine Weile versuchte er nun, zu lesen. Er vertiefte sich in den politischen Zeitartikel und wandte seine Aufmerksamkeit dann dem Reizlosen zu. Aber dabei ließ er immer wieder verflüchtigen seine Augen über die Zeitung zu seinem Gegenüber hinüberblicken.

Schließlich versenkte er sich förmlich in das Studium ihres schönen, stolzen Gesichts. Da sie die Augen auf das Buch senkt hielt, konnte er es tun, ohne aufdringlich zu wirken. Daß sie sehr schön war, hatte er schon vorher festgestellt. Nun vertiefte er sich in die Einzelheiten ihrer Erscheinung.

Sie hatte eine schlanke und doch jugendkräftige Gestalt, die er auf reichliche Mittelsgröße schätzte. Ihre Kleiderführung war schlicht, aber elegant und vornehm. Ein grau meliertes Jackett von tadellosem Sitz umschloß ihren Körper, und auf den reichen Flechten sah ein kleidsames Reifbandchen.

Jetzt, da die junge Dame die Augen gesenkt hielt, lagen die dunklen Wimpern mit den aufwärts gebogenen goldbraunen schimmernden Spitzen wie kleine Halbmonde auf dem zarten Oval der Wangen. Die feingezichneten dunklen Brauen lagen die Stirn noch weicher erscheinen als sie war.

Aber das Schönste in diesem jungen Gesicht war doch der Mund. Er war wunderbar gezeichnet und verlief in einer entzückend weichen Linie in dem zarten Oval der Wangen. Dieser Mund mußte Hans Ulrich v. Frankenstein immer

wieder betrachten. Er fesselte ihn, weil er so selbständig ausdrucksvoll und besetzt erschien, und obgleich gerade dieser Mund ihn wie ein Erinnerungszeichen, meinte er doch, noch nie einen so schönen und lieblichen Frauenmund gesehen zu haben. Hauptächlich der weichen verlaufenden Mundwinkel hatte es ihm angetan. Und dieser kindlich junge Mund stand im Widerspruch zu den ersten Augen und dem energiegelassenen Ausdruck des schönen Gesichts. Von Minute zu Minute wurde er mehr geistvoll, und seine Züge verfielen ihren Joes vollständig. Er bemerkte sie nur noch als Vorwand und als Vollwert, aber welches hinaus seine Blicke anwandte zu ihr hinüber schweifen konnten.

Daß er eine vornehme junge Dame vor sich hatte, fand fest bei ihm. Ihre ganze Art war vornehm und zurückhaltend. Die feinen, schlanken Hände und die schmalen, zierlichen Füße, waren Merkmale einer edlen Abkunft.

Umfolte wunderte er sich, daß die junge Dame ohne jede Begleitung zu reisen schien. Freilich, in unserer modernen Zeit, in der die Frauenfrage eine so wichtige und brennende geworden ist, werden auch die Töchter aus vornehmer Familie selbständiger und freier erzogen. Das sagte sich auch Hans Ulrich v. Frankenstein. Er war jedoch im Grunde ein Gegner dieser Freiheiten. Nicht, weil er den Frauen das Recht abspach, sondern weil es seiner Natur zuwider lief. Eine Frau, an der es nichts zu beschämen und zu hüten gab, war ihm kein vollkommenes Wesen. Sein ritterlicher Sinn verlangte danach, die Frauen aus seinen Kreisen zu beschützen und zu behüten, vielleicht, weil er selbst zur Genüge erfahren hatte, daß schuldlose Frauen oft als leichte Beute betrauert werden.

Und während er nun sein schönes Gegenüber immer wieder eingehender betrachtete, hatte er ein Gefühl, als müsse er wünschen, daß die junge Dame noch niemals in ihrem Leben für irgend einen Mann eine Rolle gespielt hätte. Es war ein unbestimmtes Verlangen in ihm, dieser Dame gegenüber nur ritterlich geistlich zu betätigen. Gerade jetzt hatte Hans Ulrich v. Frankenstein ein Lebenskapitel hinter sich, in dem einmal seine Frau eine Rolle gespielt hatte,

Ein ernstes Wort zu richtiger Zeit! Schuh- und Ledermaterial ist und wird bis auf weiteres in sehr werthvoller Kräfte bedürfen, weshalb besonders sorgfältige Behandlung ein Hauptverdienst ist. Bei den vielen neuerdings angepriesenen Schuh- und Lederpapiern ist es schwer, die richtige Auswahl zu treffen. Es sei darauf hingewiesen, daß bei Einkauf von Schuh- und Leder nicht der Preis, sondern die Zusammenstellung des betreffenden Fabrikates maßgebend sein sollte. Zum Beispiel kann eine Wassercreme immerhin einen annehmbaren Glanz erzeugen, nicht aber das Leder schonen und erhalten. Nur eine reine Delwachscreme vereinigt die erforderlichen Vorzüge in sich, weil Del und Wachs die alleinigen Gewähr dafür bieten, daß das Leder weich, haltbar und widerstandsfähig bleibt, auch bei Regen nicht abbläht. Wollen Sie sich also vor Schaden bewahren, so kaufen Sie keine Wassercreme, sondern einen seit Jahren bewährten, kostsesten, Wohlgeruch gebenden, reinen Delwachscreme, wie solchen die Firma Carl Wentner, Höppingen (Württemberg), unter der Bezeichnung "Algin" — Schuhwarte der bekannte Schornseiffer — sehr zu empfehlen bringt.

